

**Gegenstand: Vorhaben "Ehemaliges Bistumshaus"**  
**hier: Vorstellung des derzeitigen Planungsstands**  
**Vorlage: 2480/2018**

Herr Eger begrüßt zu einer Information über den derzeitigen Zwischenstand der Planungen zum Bistumshaus die Eheleute Kuttler, sowie die Architekten Hrn. Kuhlmann und Fr. Kiel. Es handelt sich um eine erste Information, nachdem das Objekt sich unter dem vorigen Investor Dieringer und Scheidel anders entwickelt hatte.

Die Vorgenannten präsentieren einen Erstentwurf, der noch nicht abgestimmt ist und kein endgültig verhandeltes Konzept darstellt, sondern eine Grundidee, die sich stärker am Bestand orientiert, Veränderungen aber trotzdem hinsichtlich Stellplätze u.a. vorweist (keine Tiefgarage mehr). Damit orientiert sich die Planung auch eher am Planaufstellungsbeschluss aus 2012.

Herr Kuhlmann (Architekt aus HD) präsentiert die Planung, nämlich die Umnutzung in eine wohnwirtschaftliche Nutzung unter weitest gehendem Erhalt der Substanz. Dennoch sind Veränderungen am Bestand notwendig für eine solche Nutzung, z.B. Dachgauben. Die Wohnungen entlang der Predigergasse und Greifengasse sind in den Innenhof orientiert, so dass die Fassaden unverändert bleiben können.

Zum „Parkdeck“/Innenhof hin sind Balkone in Leichtbauweise (Stahl) geplant, um die Wohnungen entsprechen zu belichten.

Richtung Kirche sind Loggien vorgeschlagen, die Fassade soll gegenüber der Kirche keine Konkurrenz aufbauen.

Problematisch ist der fehlende 2. Rettungsweg, dieser muss baulich integriert werden. Er ergänzt die Rettungswege im Bestand (Treppenhäuser).

Die Planung sieht die Freistellung der Kirche vor.

Herr Eger dankt für die Präsentation und fasst ebenfalls noch einmal die wesentlichen Veränderungen zusammen, nämlich den Abriss des Gebäudeteiles Ecke Große Greifengasse/Johannesstraße, an dessen Stelle Stellplätze geplant sind; so würde die Tiefgarage nicht benötigt.

Außerdem das Zwischengebäude, um den Hof zu schließen und von der Kirche zu trennen. Verschiedene Abstimmungen sind noch nicht erfolgt. Zum weiteren Verfahren verweist Herr Eger darauf, dass aufgrund der Veränderungen zu prüfen ist, ob ein Bebauungsplanverfahren durchzuführen ist, oder ob die Nachverdichtung durch Schließen des Hofes über eine Befreiung denkbar wäre.

Hr. Ableiter bedauert den Weggang des vorigen Investors wegen dessen schönen Entwurfes, auch wenn es 2jährige Grabungen nach sich gezogen hätte; das römische Speyer wäre bei ihm auf großes Interesse gestoßen, eine Verbesserung zum Vorentwurf sieht er nicht. Er hofft nicht, dass Stimmen der Verwaltung zum Weggang des Investors geführt haben. Hr. Ableiter regt gegenüber dem Investor an, sich zu überlegen, ob nicht doch für eine Tiefgarage

ge Grabungen durchgeführt werden könnten, zumal der Platz für Stellplätze genutzt werden könnte.

Das Problem des Brandschutzes gibt er zu bedenken, was für die Architekten der Kath. Kirche dazu geführt hat, von weiteren Überlegungen hinsichtlich eigener Nutzung abzusehen.

Er bedauert den Abriss des Teilgebäudes nicht, es sei schön, dass die restliche Substanz weitgehend erhalten bleibt. Der Anbau ist von den Geschosshöhen her gut, überhaupt nicht gefällt ihm aber, wie die Ergänzung aussieht. Die gotische Kirche mit ihren schönen Proportionen gegenüber der modernen, unharmonischen, „glotzoiden“ und eckigen Ergänzung würden sich seiner Auffassung nach beißen. Es handele sich um einen der vielen langweiligen Speyerer Klötze, wie es sie in der Innenstadt auch gäbe. Die Innenstadt zeichne sich ansonsten durch schöne, harmonische Gebäude aus, solch ein Fremdkörper gefalle ihm nicht, wäre aber noch kein Grund, dies zu versagen.

Herr Eger ruft in Erinnerung, dass die Landesdenkmalpflege über einen Zeitraum von 8-12 Jahren Grabungen durchgeführt hätte und deutlich geäußert hat, dass sie froh sei, wenn diese Grabungen verschoben werden könnten.

Hr. Theobald begrüßt den Vorschlag als interessant, insb. gefällt die klare, städtebauliche Struktur, die den Innen- und Außenbereich klar definiere, die Stellplatzproblematik sei auch gut gelöst. Er spricht sich für eine Befreiung vom Bebauungsplan aus. Als städtebauliches Konzept sehr gut. Außerdem regt er an, dieses Projekt dem Gestaltungsbeirat vorzulegen, dessen Votum soll bei der Beurteilung der Frage, ob und wie vom Bebauungsplan abgewichen werden kann, Berücksichtigung finden. Stadtbildprägende Wirkung, hist. Kontext, öffentliche Räume neu definiert etc. Hohes Maß an Baukultur und –Qualität gewährleistet.

Hr. Eger nimmt dies positiv auf.

Hr. Hinderberger stellt die Frage des Verkehrsflusses für die Anwohner. Wie kann vermieden werden, dass diese aus der Gr. Greifengasse kommend durch die ganze Altstadt fahren müssen, um zu ihren Stellplätzen zu gelangen?

Hr. Eger erwidert, dass diese Detailfrage zwar schon bedacht worden sei, zum jetzigen Zeitpunkt aber noch keine Lösung gefunden sei. Zur Zeit gehe der Architekt davon aus, dass die vorhandene Einfahrt genutzt wird, möglich sei, eine Abbiegung nach rechts für wenige Meter zuzulassen oder die Einfahrt zu vergrößern.

Hr. Jaberg spricht die Barrierefreiheit an und fragt, welche Zielgruppe man im Auge habe. Er denke an ältere Menschen, für die das Zentrum sicher interessant sei, sowie an alternative Wohnformen.

Hr. Kuttler beschreibt die Wohnungen als zwischen 50 und 140 qm groß, die meisten hätten rund um die 100 qm. Wie Menschen wohnen möchten, wolle er als Investor nicht entscheiden, sondern ein Angebot für die breite Masse machen, ob als Mieter oder Käufer. Es seien fünf zusätzliche Aufzüge geplant für barrierefreies Wohnen. Seit 10 Jahren seien die Wohnungen der GmbH barrierefrei und sogar nach individuellen Absprachen rollstuhlgerecht.

Dr. Wilke: Zum Architektonischen hat Hr. Theobald bereits die richtigen Ausführungen gemacht, aber offen ist noch die Rolle der Kirche. Welche Ideen hat der Investor?

Hr. Kuttler berichtet vom Besuch bei Bischof Wiesemann vom Vortag. Es gäbe Interessenten, die die Kirche zum Kulturzentrum machen wollten; diese Verhandlungen möchte Hr.

Kuttler abwarten. Die Konzeption der Wohnbebauung ließe der Kirche Raum, zu bleiben wie sie ist, auch wenn sie nicht mehr für Gottesdienste genutzt werde. Es werde nichts unternommen, was den kirchlichen Vornutzungen widerspräche und es sei auch keine Gastronomie geplant.

Hr. Eger verweist auf weitere Gespräche mit den Institutionen über diese Kirche sowie die Heiliggeistkirche, über denkmalgerechte Nutzung, möglicherweise Begegnungszentrum, Platz der Stille, oder kulturelle, gemeinschaftliche, soziopolitische Treffpunkte.

Der TOP wird geschlossen, Herr Eger bedankt sich für die Präsentation. Das Projekt soll dem Gestaltungsbeirat vorgelegt werden. Grundsätzlich kann nach Abschluss der Verhandlungen entsprechende Befreiungen erteilt werden.

**Gegenstand: Information zum Umbau/Umgestaltung der Postgalerie durch die Firma ERWE**

Hr. Eger begrüßt Hrn. Weitzel (ERWE) und Hrn. Rübsamen zur Reaktivierung der Postgalerie. Sie präsentieren den derzeitigen Planungsstand.

Erwerb des Objektes im Mai 2017, Lageanalyse, Planung und Entwicklung; Bauantrag im Dezember 2017; umfangreiche Abstimmung mit der Verwaltung, Denkmalpflege und Landesdenkmalpflege, noch nicht alles abschließend geklärt, aber auf gutem Weg dahin. Komplettpaket in Abstimmung mit den Mietern und Neumieter; Hauptproblem der letzten Jahre: viel Schönes stattgefunden, von dem keiner wusste, dass es stattfindet.

Hr. Rübsamen präsentiert die Analyse und die geplanten Schritte.

Hr. Eger fasst zusammen, dass es sich noch um einen Zwischenstand handele, dass allerdings die Kuppel/Aussichtsplattform sowie das Glasdach bereits abgestimmt seien mit der Landesdenkmalpflege.

Hr. Ableiter (BGS) lobt die Präsentation, er habe den Eindruck, dass die Mängel ausnahmslos behoben werden und das Gebäude eine Chance erhalten könne. Genial gelöst finde er den neu geplanten Eingang, sowie den dort geplanten Gastronomiebereich. Bei der Aussichtsplattform benennt er die Spitze als zu technisch, zu sachlich. Er rät dazu, den Postplatz gleich mitgestalten zu lassen und bestenfalls das „Brezelhäuschen“ zu entfernen. Hr. Eger verweist auf die Landesdenkmalpflege bei der Gestaltung der Spitze der Aussichtsplattform. Veränderungen des Brezelhäuschens und die Umstrukturierung des Postplatzes seien noch offen und würden weiter abgestimmt. Er nimmt aber die grundsätzliche Zustimmung der Fraktionen zu den vorgelegten Planungen mit.

Hr. Neugebauer (SWG) lobt ebenfalls die Präsentation und appelliert in Bezug auf diese, dass sich die frühere Bausubstanz auch im Innenraum wieder zeigen solle, um einen Bezug zur Fassade herzustellen. Er appelliert an die Stadt, gleich in die Planungen des Postplatzes einzusteigen.

Dr. Wilke (CDU) schließt sich den Vorrednern an. Er fragt nach den Kapazitäten des Hotels und nach dem Zeitraum, den die Bauarbeiten andauern werden.

Hr. Weitzel informiert, dass das Hotel zwischen 110 und 120 Zimmern haben werde, die Nutzung sei durch Unterzeichnung des Mietvertrages bereits gesichert. Auf die Baugenehmigung werde derzeit gewartet und anschließend erfolge flankierend die Abstimmung mit der Landesdenkmalpflege. Gleichzeitig würden Gespräche mit den neuen und alten Mietern geführt; erste Baumaßnahmen seien für Mitte 2018 (Eingangssituation und Hotel) geplant, Hotelbetrieb ab 2020, lieber noch 2019. Abschluss sei 2020 geplant. Über das Hotel bzw. den Betreiber werde derzeit noch keine Auskunft erteilt, bis auf die Tatsache, dass es sich um einen sehr erfahrenen Hotelier handele, der gerne in Altstädten im In- und Ausland agiere.

Hr. Jaberg (Grüne) schließt sich dem Lob der Vorredner an und appelliert, auch Kultur und Manufaktur zu berücksichtigen, so dass das Haus nicht nur ein Konsumtempel werde, sondern z.B. auch am Wochenende bespielt sein kann.

Hr. Weitzel reagiert darauf mit dem Hinweis, dass bei der Kaufsumme natürlich kommerziell gedacht werden müsse. Ziel sei ein Angebot zu präsentieren, das es bislang in Speyer noch nicht gäbe, auch gastronomisch. Insofern werde eine Belegung in den Abendstunden auch über die Öffnungszeiten des Shoppingcenters hinaus angestrebt. Er weist daraufhin, dass bislang nicht die Investitionen getätigt wurden, die die Mieter erwartet hätten. Mit überzeugenden Konzepten und den entsprechenden Investitionen werde es gelingen, auch neue Mieter einzubinden.

Hr. Eger greift die Frage von Herrn Neugebauer auf. Die Planung Postgalerie solle nicht hintan gestellt werden, um den Postplatz zu gestalten. Hierzu seien noch viele Vorüberlegungen (auch Busse) zu tätigen, die den Umbau Postgalerie jetzt zu lange behindern würden.

Hr. Neugebauer antwortet, dass es sicher auch für den Investor wichtig wäre zu wissen, was mit dem Postplatz passiert. Man könne den Postplatz nicht separat sehen, sollte den Plan für den Postplatz schon jetzt machen, seine Umsetzung könnte auch später erfolgen.

Herr Eger erwidert, dass die Eingangssituation ja bereits mit Neueröffnung der Postgalerie fertig sein müsse und nicht erst in fünf Jahren. Außerdem sei mit dem LBM noch die Förderkulisse abzustimmen, bis 2019 seien die Maßnahmen gesichert, danach noch offen; hier seien also noch umfangreiche Gespräche mit dem Land zu führen, die Zeit benötigen.

Hr. Weitzel bestätigt den Zeitplan und setzt auf Zusammenarbeit mit der Stadt bezüglich Wegeführung, Lichtelementen im Straßenraum, Überquerungen in der Bahnhofstraße, Anbindung zum Parkplatz, Werbung im öffentlichen Straßenraum etc.

Herr Eger bedankt sich bei Hrn. Weitzel und Hrn. Rübsamen und beschließt den TO.

**Gegenstand: Adenauerpark**

Beratung zum Adenauerpark nach Ortstermin. Es liegen zwei Anträge vor, über die der (übernächste) Stadtrat befinden muss (Grüne und SWG).

Würde dem Antrag der Grünen mehrheitlich stattgegeben, wären die Beschlüsse aus 2013, 2015 und 2016 aufzuheben, dort wurde beschlossen dass und was verändert werden soll. Sollten die beiden Anträge abgelehnt werden, würde die getroffene Beschlusslage umgesetzt. Zunächst sei die Barrierefreie Toilette zu beschließen.

Beratung:

Herr Jaberg (Grüne) teilt mit, dass die Grünen für eine kleine Lösung seien, also Ertüchtigung des bestehenden Toilettenhäuschens und durch Anhebung barrierefreie Gestaltung. Jedoch solle keine Toilette von außen gebaut werden, das wäre eine Verschlechterung der Situation. Zudem sollten die Bäume erhalten bleiben. Nachts sollten die Menschen den Bahnhof aufsuchen, es bestünden Zweifel an der Menge der Nutzer eines neuen Häuschens.

Hr. Eger ergänzt, dass sich die Kosten für Abriss, Demontage, Anheben und Neuerrichtung laut 150, Fr. Bast, auf ca. 200.000 € belaufen würden. Die Situation der Toiletten auf Gleis 1 am Bahnhof sei außerdem eingeschränkt, da regelmäßig defekt.

Hr. Ableiter (BGS) spricht sich dafür aus, die Grünanlagen vor der Mauer südlich des Adenauer Parks zu erhalten. Außerdem solle das Häuschen innen erhalten bleiben, aber weil nicht barrierefrei, fordert er ein neu aufgestelltes Toilettenhäuschen barrierefrei an der Nordseite des Parks. Es gäbe Bedarf seitens der Nutzer des ÖPNV.

Herr Hinderberger (SPD) weist darauf hin, dass eine barrierefreie Nutzung schwierig sein wird, da die Hälfte der bestehenden Anlage Transformatorenhaus sei. Damit komme keine barrierefreie Nutzung in Frage, aber auch kein Abriss. Er spricht sich für eine externe barrierefreie Toilette aus, leicht zugänglich, beleuchtet.

Dr. Wilke (CDU) schildert das schon lange Ringen um die Toilette, es seien andere Dinge zurück gestellt worden, südlich des Eingangs gäbe es erstmal nichts außer den Fahrradbügel. Eine 24h- zugängliche und barrierefreie Toilette sei notwendig für alle, die tagsüber und nachts unterwegs seien. Der Bedarf sei durch die hohen Besucherzahlen des Grabes von Helmut Kohl, hier insbesondere durch ältere Menschen, auch stark gestiegen. Zur Version zu 200.000 € sage die CDU deutlich „Nein“.

Die Bäume, von denen einer geopfert werden müsste, befänden sich am Ende ihrer Lebenszyklen; sie stünden bereits 40 Jahre und hätten eine Lebenserwartung von etwa 50 Jahren.

Hrn. Czerny (Grüne), der nicht Mitglied des Bauausschusses ist, wird das Wort erteilt; der Ausschuss hat dem zugestimmt.

Hr. Czerny führt zu den Kosten aus, dass eine Systemtoilette auf 70 – 80.000 € käme, berücksichtige man aber den Zustand der Toilette auf dem Parkplatz der Luzerngasse, würde er eher für eine nachhaltige Lösung plädieren, die aber in 50 Jahren noch nutzbar sei.

Herr Eger erwidert darauf, dass beim nachhaltigen Bau einer festen Toilette der Pflegeaufwand auch zu beachten sei; dies wäre bei einer heutigen Systemtoilette natürlich günstiger, bei einer nachhaltigen Toilette sei er aber teuer anzusetzen.

Bei Abriss und Neubau einer solchen nachhaltigen Toilette stünden die 200.000 € außerdem den Kosten von einer Systemtoilette von 10.000 € gegenüber, da die Toilette dann im Stadtbau Kernstadt-Nord gefördert würde und die Stadt lediglich den Eigenanteil von 10.000 € tragen müsse. So war es vorab in 2013 beschlossen worden.

Herr Eger schließt die Beratung und gibt es zur Entscheidung in den Stadtrat.

23. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Speyer am 06.03.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3.1

---

**Gegenstand: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2018**  
**Vorlage: 2458/2018**

Protokollierung siehe TOP 3;

23. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Speyer am 06.03.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3.2

---

**Gegenstand: Antrag der SWG-Stadtratsfraktion vom 22.01.2018**  
**Vorlage: 2461/2018**

Protokollierung siehe TOP 3;

23. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Speyer am 06.03.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

---

**Gegenstand: Radverkehrskonzept - durchgeführte Maßnahmen 2017 / geplante  
Maßnahmen 2018  
Vorlage: 2478/2018**

Herr Eger berichtet über durchgeführte Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes anhand der Vorlage.

**Gegenstand: Hochwasserschutz zwischen der Hafenmeisterei und der Schiffswerft Braun („Am Neuen Rheinhafen“)**  
**Vorlage: 2470/2018**

Herr Eger greift die Frage auf, wie sich die 600.000 € aufschlüsseln und verweist in Sachen Aufbauerfordernis zu Beginn darauf hin, dass es sich um die Herstellung eines Freibordes handelt.

Hinderberger (SPD) bemängelt weiterhin, dass der jetzt vorgelegte Kostenvoranschlag auch nicht überschaubar sei, weil die Mehrkosten nicht nachvollziehbar aufgeschlüsselt seien. Als Beispiel nennt er Baustellenstraßen, Erschütterungsmessungen, Schüttmaterial für Böschungen, Bohrungen. Weiter würden Spundwände zwischen 5 – 10 m Länge aufgeführt; die Länge für die benötigten Spundwände für die 380 m betragen jedoch max. 1,5 m bei Einbaukosten von 600 € pro lfd. Meter. Betonkopfbalken, 430 m Länge bei 380 m Länge; weitere Angaben betreffen z.B. Kampfmittelräumkosten 60.000 €, Hr. Hinderberger verweist darauf dass der Hafen nach dem 2. WK gebaut wurde und Bomben nur im Gebiet Priesterseminar und Sp-Nord gefallen seien; riesige Mengen von Grundbewegungen etc. Die jetzige Spundwand könne vom Schiffsanleger weitergeführt werden bis zum Beginn des Erddamms in Höhe der Ölsperre, dies ohne Beeinträchtigung des Verkehrs, sofern er dort überhaupt stattfindet.

Zudem weist er darauf hin, dass die beweglichen Elemente jährlich gewartet werden müssten.

Er fordert eine Ausschreibung für die Strecke vom Hafengebäude bis zur Ölsperre für eine nachvollziehbare Preisermittlung für eine Spundwand mit Abdeckung aus Stahl, so wie sie dort bereits vorhanden ist.

Die Mehrkosten, etwa 200.000 – 250.000 € sollten in Kauf genommen werden.

Herr Eger zeigt sich überrascht wegen der Wartung von Spundwänden oder Sandsäcken. Er erklärt, dass es sich um Kunststoffplatten handelt, die zu Tonnen zusammengesteckt mit Wasser gefüllt werden.

Herr Ableiter stellt klar, dass es lediglich darum geht, die vorhandene Spundwand zu verlängern in solidem Untergrund. Die Zahl 600.000 € sei absolut nicht nachvollziehbar, er plädiert dafür sich Preise einzuholen von Firmen, mit denen man schon gearbeitet hat, um einen realistischen Preis zu ermitteln.

Er gibt zu bedenken, dass es eine solide Lösung brauche, um die Folgen eines Hochwassers einzudämmen. Die angedachte Lösung sei nicht solide genug, es sollte eine verlässliche, dauerhafte Lösung geben.

Er hält es für sehr fraglich, warum das Land ausgerechnet bei Speyer sage, hier solle keine solide Lösung her, sondern eine mobile.

Herr Eger erwidert, der Hochwasserschutz sei ja schon hergestellt, es gehe hier um die Errichtung eines Freibordes. Er bestätigt, dass das Land sich um einen guten Hochwasserschutz bemüht und diesen bereits eingerichtet hat.

Herr Neugebauer fragt, ob die Bezuschussung des Landes unabhängig bei 2,5 Mio. EUR bleibe, egal wie hoch die Gesamtkosten seien. Er teilt die Kritik an der Kostenschätzung, sie sei nicht ganz nachvollziehbar.

Herr Eger teilt mit, dass die SGD 90 % des notwendigen Hochwasserschutzes trägt; die SGD entscheide also darüber, was notwendig ist. Die SGD trägt also 90 % für die Errichtung eines Freibordes. Nachverhandlungen habe die Stadt bereits geführt hinsichtlich der Länge des Freibordes zu Gunsten der Stadt Speyer.

Herr Neugebauer teilt noch mit, dass er mit Herrn Benner Rücksprache halten konnte, dass für die Lagerung des mobilen Hochwasserschutzes Kapazitäten der Stadt Speyer bestünden, ohne weitere Kosten zu verursachen. Er gibt zu bedenken, ob die Stadt im Ernstfall aber alles schnell genug aufbauen könne, ob hierfür personelle und weitere Kapazität sei.

Herr Eger weist auf den Alarm- und Einsatzplan hin, der wegen der ERLUS-Bebauung bereits angepasst wurde hinsichtl. der Einsatzzeiten. Beim Freibord gehe es nicht um den Hochwasserschutz als Grundschutz, sondern nur um einen Schutz zusätzlicher Natur, zu dem bestehenden Hochwasserschutz. Diese Maßnahme wäre nur umzusetzen, wenn der sonstige Hochwasserschutz nicht ausreichen würde, der letzte Teil des Freibordes also benötigt würde, um Wellen abzuhalten. Der Hochwasserschutz sei geschlossen.

Herr Hinderberger bezweifelt die Aussagen mit der Begründung, dass bei allen Hochwasserschutzmaßnahmen die Sicherheit über dem höchsten Hochwasserstand mit eingerechnet ist. Außerdem gebe es bei dem höchsten Hochwasserstand keinen Wellenschlag mehr.

Herr Dr. Wilke erinnert, dass es bereits der dritte Anlauf sei, dieses Thema zu beenden. Die CDU habe Vertrauen in die Behörde, die nicht nur Hochwasserschutz in Speyer, sondern auch darüber hinaus betreibe; wenn aus deren fachlicher Sicht alles in Ordnung sei, müsse man hier doch nicht schlauer sein und sich den „Schutz de luxe“ leisten wollen. Ob es nun 600.000 € würden oder man auf 400.000 € runter käme, es würde auf jeden Fall teurer und die Beteiligung der SGD Süd bleibe gleich hoch; die CDU bittet darum, die Expertise der SGD nicht weiter anzuzweifeln.

Herr Eger macht den Vorschlag, den TOP auf die nächste Sitzung zu vertagen und die SGD einzuladen, ihre Expertise vorzustellen. Er beendet den TOP.

**Gegenstand: Einrichtung eines Gestaltungsbeirats**  
**Vorlage: 2472/2018**

Herr Eger stellt die Mitglieder kurz vor und betont, dass mit diesen Personen verschiedene Aspekte wie Denkmalschutz, Stadtplanung, Soziales und Garten- und Landschaftsbau abgedeckt seien.

Außerdem stellt er die Geschäftsordnung vor; die Planungs- und Beschlusshoheit des Stadtrates bleibe erhalten.

Herr Neugebauer regt an, dass die Frequenz der Treffen nicht zwingend in der Geschäftsordnung festgelegt werden sein sollte. Außerdem fragt er nach einer Vorschlagsliste für die Themen.

Herr Eger erwidert, dass es auch mehr als vier Treffen im Jahr geben könne und deshalb von „mindestens“ die Rede sei. Die Veranstaltungen sollen Tagesveranstaltungen sein, das Gremium solle sich mit herausfordernden Projekten beschäftigen und könne kaum 20 Projekte am Tag besprechen, zumal auch Ortstermine und Diskussionen stattfinden sollten. Die Geschäftsstelle hält eine Tagesordnung vor; diese wird zur Verfügung gestellt, so dass sich auch der Gestaltungsbeirat vorab damit beschäftigen kann. Anregungen für die Tagesordnung können auch aus dem Gestaltungsbeirat heraus erfolgen.

Die Bauausschusstermine können mit den Sitzungen des Gestaltungsbeirates gekoppelt werden.

Herr Jaberg zeigt sich überrascht, dass die Wählergruppe hier leichtfertig 50.000 € in den Haushalt einstellen möchte; er verweist auf die Freiwilligkeit. Die Grünen sprechen sich, auch aufgrund der Architektenlastigkeit des Gremiums, besonders aber aufgrund der Kosten, gegen den Gestaltungsbeirat aus.

Herr Ableiter bekundet seine Zufriedenheit hinsichtlich der Zusammensetzung des Gremiums vor dem Hintergrund des Wohnbaukonzeptes. Er lobt auch die Architektin Kurz sowie den Garten- und Landschaftsbauer Kist und deren Schaffen. Ihm sei es die Investition der 50.000 € wert und deshalb unterstütze er die Einrichtung des Beirates mit diesen Personen.

Herr Lehr (Linke) befürchtet eine Fortschreibung der bisherigen Baupolitik; es brauche mehr sozialen Wohnungsbau insb. in den prekären Gebieten statt ästhetischer Bauten in der Innenstadt.

Herrn Czerny wird im Einvernehmen mit dem Ausschuss erneut Rederecht erteilt. Er sei davon ausgegangen, dass beim Gestaltungsbeirat mehr Speyerer (Architekten) berücksichtigt würden. Er könnte sich einen Workshop zur Diskussion versch. Fragestellung unter Speyerer Bürgerinnen und Bürgern vorstellen, aus dem sich dann der Gestaltungsbeirat generieren könnte.

Herr Eger drückt sein Unverständnis ob der Meinungen aus, da vor vier Monaten einstimmig beschlossen worden war, einen Gestaltungsbeirat von unabhängigen Experten einzuführen.

Hr. Seither beantragt Schluss der Debatte und Abstimmung.

Fr. Pötzschmann-Wemme schließt sich im Wesentlichen Hrn. Seither und Hrn. Ableiter an. Die Beschlussfassung findet statt unter Einbeziehung von Herrn Telian als fünftes Mitglied des Gestaltungsbeirates und wird anschließend in den Stadtrat gegeben.

**Beschluss:**  
**2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung**

Die Fraktionen sollen nicht stimmberechtigte, aber beteiligte Personen zu dem Gremium benennen.

**Gegenstand: Verschiedenes / Informationen des Oberbürgermeisters**

Hr. Neugebauer fragt nach einem Zwischenstand zum Bauvorhaben Mausbergweg.

Herr Eger erwidert, dass Detailprüfungen zur Kostenfeststellung und juristisch korrekten Abwicklung getätigt werden: grundsätzliche Bebaubarkeit (+), Lärmschutz abgeklärt, Energieversorgungsfragen abgeklärt; Aufschüttungen besprochen, Versickerungsbecken wird vergrößert werden müssen; erneuerbare Energien ohne Kostenexplosion; Erschließungssituation; jurist. Situation zw. Bürgerhospitalstiftung, GEWO und Erwerber; es wird mit Baubeginn 2018 weiterhin gerechnet.

**Gegenstand: Informationen über die Planung und Bürgerbeteiligung am "Heinrich-Lang-Platz"**

Information über Termin am 8.3.2018;

Hr. Reif berichtet über die erste Bürgerversammlung. Drei erste, unterschiedliche Entwurfs-ideen werden besprochen; die Anregungen der Bürger werden zusammengetragen, dem BPA vorgestellt, danach erneut Beratung innerhalb der Bürgerschaft; mehrstufige Bürgerbe-teiligung geplant.

23. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Speyer am 06.03.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7.2

---

**Gegenstand: Sachstand zur Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts**

Es fand ein erster Termin mit einem Gutachter statt, dort Vorstellung seiner Analyse. Weiter erfolgt ein zweiter Workshop im Juni 2018.

**Gegenstand: Bündnis für bezahlbares Wohnen**

Herr Eger kündigt ein Bündnis für bezahlbares Wohnen an, parallel zu dem Bündnis, das es auf Landesebene gibt. Teilnehmer werden die Wohnungsbaugesellschaften, Mieterbund, Vertreter aller Fraktionen, Projektentwickler und Banken sein. Im Ergebnis wird es ein Bündnispapier geben, das Ziele formuliert hinsichtlich bezahlbaren Wohnraums, aufbauend auf den Ergebnissen der Baulandstrategie und des Wohnungsmarktkonzeptes sowie den Erkenntnissen aus den Bündnissitzungen.

23. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Speyer am 06.03.2018



23. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses 06.03.2018 **Hansjörg Eger**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Serendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!